

Expertenkommission I

Die Expertenkollision

Jochen Stadt

Der durch die Hintertür eines „Expertenvotums“ angestrebte schleichende Paradigmenwechsel in Sachen SED-Diktatur ist gescheitert. Der Drahtzieher des Unternehmens sprach nach dem Scheitern seines einseitigen Konzeptes eine fürchterliche Drohung aus: „Wenn die öffentliche Aufarbeitung den Kontakt zur historischen Wissenschaft nicht verlieren will, muß sie akzeptieren: Aus den Machtmechanismen des Regimes allein kann die DDR nicht verstanden werden.“¹ Da muß sich „die öffentliche Aufarbeitung“ aber schwer in acht nehmen, daß Studienrat Sabrow ihr nicht auch noch ein Consilium abeundi erteilt.

Den Pappkameraden, der die DDR aus den „Machtmechanismen des Regimes allein“ verstehen will, wird man wohl lange suchen müssen. Es gehört andererseits schon eine erstaunliche Hybris dazu, eine durchaus umstrittene Forschungsmeinung zum Allgemeinut zu erklären und auch noch bei Bedarf zu verkünden, was andere denken sollen, was wann, wie geforscht, gelehrt und an Gedenkstätten vermittelt bzw. in Schulen unterrichtet werden soll. Forschungspläne und Richtlinien brachte schon Sabrows Vorgänger am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Jürgen Kocka vor fünfzehn Jahren in Hülle und Fülle auf den Markt. Man wartet noch heute auf die bahnbrechenden Ergebnisse der Potsdamer Alltagsforschung zum „Nischenglück“ in der DDR. An geeigneten Mitarbeitern, die voller „mißmutiger Loyalität“ im Wissenschaftsbetrieb der DDR herumsaßen, kann es ebensowenig liegen wie an der vorhandenen Ausstattung oder den üppigen Mitteln des Institutshaushaltes, wenn den großen Ankündigungen bislang nur schmale Leistungen folgten.

Die von der rot-grünen Kulturstaatsministerin unter Leitung Sabrows eingesetzte Expertenkommission ist ein Beispiel für einen Amtsmißbrauch der besonderen Art. Ohne jeden Anstand und mit großer Anmaßung wurde durch das Gremium versucht, die pluralistische Forschungs- und Gedenkstättenlandschaft im Sinne einer einzigen Denkrichtung in Aufstellung zu bringen. Die Auseinandersetzung mit den Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts im allgemeinen und der SED-Herrschaft im besonderen läßt sich aber nicht in das Korsett eines Lehrplans zwängen, und die Zugänge zur Erinnerung sind allemal höchst unterschiedlicher Art.

Sabrow favorisiert seit langem eine Option und versucht, auszugrenzen und zu denunzieren, was seinem Drang zum Weichzeichnen der SED-Diktatur widerspricht. Das Grundkonzept zu den Empfehlungen der Expertenkommission stand schon vor drei Jahren in der *Frankfurter Rundschau*. Sabrow und sein Mitarbeiter Thomas Lindenberger schrieben damals einen Masterplan zur „Zukunft der DDR-Geschichte“, der sich zu guten Teilen nun unverhohlen oder in wolkigen Formulierungen versteckt auch in der politischen Lyrik des Kommissionsberichtes wiederfindet. „Staatliche Repression und politischer Widerstand“ stünden im Vordergrund, „der Alltag einer Industriegesellschaft in der Mitte Europas“ hielten Lindenberger und Sabrow hingegen für unterbelichtet. Nachdem, wie sie glauben oder wünschen, die „Renaissance der Totalitarismustheorie in Agonie übergegangen“ sei, stehe nun die Erforschung der DDR mit all

¹ Martin Sabrow im Gespräch mit Regina Mönch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23.5.2006.

ihren „Dilemmata und Paradoxien ihrer realen Vielgestaltigkeit“ an. „Weniger die klaren Konturen totaler Herrschaft als vielmehr Aporien, Antinomien und Paradoxien prägten die Entwicklung dieses Staates. Je nachdem, unter welchem Blickwinkel sie betrachtet wird, ändert sie ihre Gestalt.“ Oha, ein Chamäleon namens DDR! Mitten im „forschungspolitischen“ und „forschungsstrategischen“ Nudelsalat findet sich bei Lindenberger/Sabrow freilich auch eine Perle der Erkenntnis: „Während es dem Fernsehen um Quoten geht, geht es in der Forschung um Förderungen.“² Sabrow hat seine Position als Vorsitzender der rot-grünen Expertenkommission wohl auch in diesem Sinne verstanden. Er und einige andere Lobbyisten in der Kommission³ haben sich gut bedient:

- Dem Haus der Geschichte/Zeitgeschichtlichem Forum Leipzig (HdG/ZFL), in der Kommission vertreten durch Rainer Eckert, wüchse laut Empfehlung der Expertenkommission die Funktion als „impulsgebende und kompetenzsichernde Kerninstitution“ für ein „zu schaffendes ‚Forum Aufarbeitung‘ im Zentrum Berlins“ zu.
- Das Deutsche Historische Museum (DHM), in der Kommission vertreten durch Minka Flacke, soll mit seinem Fundus zu „einer künftigen Ausstellung zum Alltag in der durchherrschten Gesellschaft“ beitragen.
- Die Wissenschaftsabteilung der Birtler-Behörde, in der Kommission vertreten durch ihren Beirat Klaus-Dietmar Henke, soll eine „impulsgebende und kompetenzsichernde Kerninstitution“ eines künftigen „Kompetenzzentrums“ zur „Erforschung der Rolle kommunistischer Geheimpolizeien des 20. Jahrhunderts“ werden (wie überhaupt die BStU alle möglichen Leit- und Aufsichtsfunktionen zugesprochen bekommt, die sie bislang nicht einmal im eigenen Haus durchsetzen konnte).
- Das Domaschk/Havemann-Archiv, in der Kommission vertreten durch Tina Krone, soll eine auf Dauer gestellte Bundes-/Landesfinanzierung und ein neues Gebäude erhalten.
- Das Potsdamer ZZF schließlich befindet sich in einer Projektkooperation mit der Gedenkstätte in der Bernauer Straße, der ein erheblicher Bedeutungs- und Mittelzuwachs insbesondere auch für das gemeinsame Projekt mit dem ZZF zugesprochen wird. Vorsichtshalber hat das Expertengremium angemeldet, „bei der Vergabe von Bundesmitteln“ – an die vorgeschlagenen Zentren und Stiftungen – „ist zugleich darauf zu achten, daß die außeruniversitäre zeitgeschichtliche Forschungslandschaft insgesamt nicht in eine Schieflage gerät“ – das betrifft nur das ZZF. Sabrows Einrichtung kommt noch in einem weiteren Punkte zum Zuge, wenn näm-

2 ~~Thomas~~-Lindenberger, ~~Thomas/Martin~~-Sabrow, ~~Martin~~: Das Findelkind der Zeitgeschichte. Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte. In: Frankfurter Rundschau v. ~~om~~ 12.-11.-2003.

3 Martin Sabrow unterstellte mir jüngst im Berliner *Tagesspiegel*, ich habe in der *FAZ-Frankfurter Allgemeinen Zeitung* „eine unbändige Selbstbedienungslust der Kommissionsmitglieder am Werk“ gesehen. Wie schon in früheren Debatten, ver~~dreht~~~~fälscht~~ Sabrow hier eine Aussage. –Natürlich wurde über Kommissionsmitglieder, die keine Institution vertreten, solches nicht behauptet. Es ging um klar bezeichnete Funktionsträger (s.-o.). In der *FAZ* hieß ~~es~~ bezogen auf die „Expertenlobby“: „Alle in der Kommission personell vertretenen Institutionen haben sich vorab ihren Teil am DDR-Aufarbeitungskuchen gesichert und kräftige Nachschläge zugesprochen.“ Nicht von den Kommissionsmitgliedern ist die Rede, sondern von den Lobbyisten unter ihnen. Vgl. ~~Jochen~~-Staad, ~~Jochen~~: Koll~~is~~ion der Fachleute. In: *FAZ-Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 13.5.2006; ~~Martin~~ Sabrow, ~~Martin~~: Das letzte Donnern. ~~Tsp~~-In: *Der Tagesspiegel* v. 29.5.2006. Vgl. zur Vorgeschichte des aktuellen Streits Klaus Schroeder/Jochen Staadt: *Zeitgeschichte in deutschland vor und nach 1989*, APuZ 20.6.1997, S. 15 - 29.

lich, wie es in den Kommissionsempfehlungen heißt, (bislang nicht vorhandene) Gedenkorte am Brandenburger Tor und am Checkpoint Charlie gegebenenfalls in eine „Gesamtkonzeption“ eingeordnet werden sollen, „wie im Berliner Gedenkstättenkonzept vorgesehen“.

Das erwähnte „Berliner Gedenkstättenkonzept“ ist seit geraumer Zeit von Senator Flierl angekündigt. Es liegt bis heute nicht vor. Die Geschichte des noch ausstehenden „Berliner Gedenkstättenkonzeptes“ ist im vorliegenden Zusammenhang freilich von Belang. Am 9. März 2005 brachte das ZZF eine Presseerklärung „Berlin braucht ein Museum des Kalten Krieges“ heraus. Sabrow wurde in diesem „Mauer-Memorandum“ als Verantwortlicher für weitere Informationen an erster Stelle genannt.

Am 18. April 2005 stellte Senator Flierl auf einer Informationsveranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus sein „Gedenkkonzept Berliner Mauer“ vor und schlug nun seinerseits die Errichtung eines Museums des Kalten Krieges im Zentrum der Stadt vor. Im Anhang seiner gedruckten Rede wurde unter „Diskussionsbeiträge/Zuarbeiten“ die Stellungnahme des ZZF aufgeführt.

Am 4. Juli 2005 gab Flierl nach der Beseitigung der Mauerkreuze am Checkpoint Charlie eine Presseerklärung heraus, in der es hieß: „Am Checkpoint Charlie soll nach dieser Konzeption langfristig ein Museum des Kalten Krieges entstehen, das diesen Ort als Schauplatz der Block-Konfrontation der Supermächte dokumentiert. In Zusammenarbeit mit internationalen Museen, vor allem in den Vereinigten Staaten wird hier ein attraktiver und informativer Ort entstehen, der das Haus am Checkpoint Charlie ebenso wissenschaftlich präzise wie kommunikativ ergänzt. Das neue Museumskonzept erarbeiten derzeit das Deutsche Historische Museum, das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, das Museum Karlshorst und das Alliiertenmuseum.“ In dieser Presseerklärung Flierls findet sich auch der Hinweis auf „das Gedenken an die Opfer der deutsch-deutschen Grenzen“.

Nachdem aus den Fraktionen des Abgeordnetenhauses mit Ausnahme der PDS und aus dem Bund heftige Kritik am Konzept eines Kalten-Krieges-Museums laut wurde, ruderete Flierl zurück. Am 22. März 2006 erklärte er gegenüber der *Berliner Morgenpost*: „Der Vorschlag, am Checkpoint Charlie die Konfrontation der Pakte und die internationale Situation als Ausgangspunkt der deutschen, europäischen und Welt-Teilung zu thematisieren, ist ein Vorschlag des Deutschen Historischen Museums und des Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschung. Die sagen, man sollte an diesem Standort ein Museum des Kalten Krieges einrichten. Das wurde natürlich in Alternative zu der damaligen Situation am Checkpoint Charlie mit den Mauerkreuzen wurde dies als Relativierung mißverstanden.“

Am Ende war wohl Sabrows Wille zum Paradigmenwechsel auch nur ein Mißverständnis. Selbst wenn nun die Historisierung der DDR noch eine Weile in die Warteschleife muß, ist einiges von dem, was die rot-grünen Experten versäumt haben, rasch nachzuarbeiten. Zunächst einmal vor allem eine präzise Aufstellung der vorhandenen Aufarbeitungseinrichtungen, ihrer sächlichen und personellen Ausstattung etc. Die Sabrow-Kommission hat sich mit solch schönen Alltagsfragen erst gar nicht aufgehalten. Von Leuten, die ständig anderen erklären wollen, was professionelle Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit sei, hätte man eigentlich erwarten können, daß sie den landesüblichen Standard von „Expertenpapieren“ nicht unterschreiten. Wie die nachstehenden Stellungnahmen zeigen, liegen die Empfehlungen der Sabrow-Kommission sowohl darunter als auch daneben.

Expertenkommission II

Einzigartiges Nischen-Gewusel

Ines Geipel

Was während der einjährigen Arbeit der Expertenkommission – wie sie selbst verlautbarte – nicht stattfand, das ist nun da: ein handfester politischer Streit um das von ihr soeben vorgestellte Modell für einen neu zu justierenden Geschichtsverbund „Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Gut so! Wann wird schon mal über so etwas Dröges wie ein Kommissionspapier gestritten? Es gibt also noch was zu klären in bezug auf das, was sich einmal DDR nannte. Doch was ist der Inhalt des ausgebrochenen Streits? Welche Relevanz hat das vorgestellte Konzept? Welche Fragen hat es gestellt und vor allem, welche hat es ausgelassen, wenn es in der Lage ist, die Gemüter derart zu erregen?

Man muß sich sicherlich nicht unnötig daran aufhalten, daß eine Kommission, die noch in der Endphase der Schröder-Regierung aufgestellt wurde, gewisse politische Reflexe und sorgsam trainierte Denkverbote bediente. Auch wurde ohne größeres öffentliches Murren hingenommen, daß solcherart Politgeflechte monetäre Begehrlichkeiten zeigen. Klarer gesagt: Das Konzept ist von seiten des ausgewiesenen Wissenschaftsmanagements, das sich in der Kommission zusammenfand, unverblümt als eine Art Ressourcensicherung der nächsten fünf, sieben, womöglich zehn Jahre angelegt worden. Sicherlich, eine solche Penetranz hätte irritieren können, zu wirklichem Anstoß reichte sie nicht.

Was die Arbeit der honorigen Kommission allerdings zurück auf Anfang stellt und ziemlich alle Fragen erneuert, gehört unter die Rubrik „Hardware DDR-Aufarbeitung“. Selten hat man ein Papier gelesen, das so viel blumiges Vokabular einzusetzen wußte, um die notwendig klare Aussage, auf welche Art und Weise ein Land geführt wurde, zu umgehen. Was war sie denn nun diese DDR – eine „Konsens-Diktatur“ oder nicht doch besser nur ein „durchherrschtes System“? Die mühselige philologische Rumeierei kam nicht von ungefähr, war doch die Arbeit der Kommission von vornherein auf einen Paradigmenwechsel angelegt, nämlich den „von der politischen Delegation der DDR zur kritischen Historisierung“. Also keine Geschichte zu den Apparaten mehr, keine Genese deutsch-deutscher Beziehungen, keine Arbeit zu den zentralen Leitgremien, keine große Geschichte der Flucht, wenigstens nur über das nach wie vor weithin unerforschte Land des Widerstands. Statt dessen sollen von nun an nach Expertenvorgabe und im Sinne einer „differenzierten Aufarbeitung“ der „Alltag“ und die „Bindekräfte“ des Systems in den Blick geraten. Das hätte man auch einfacher sagen können: Die DDR soll kleiner werden, als sie je war, ein einzigartiges Nischen-Gewusel, ohne Struktur und Kopf.

Die Empfehlung, so belobigen sich die Experten selbst, gebe „neue Maßstäbe für eine plurale und multiperspektivische Aufarbeitung der deutschen Geschichte im „Jahrhundert der Extreme“, die das politische Bekenntnis zu den Werten einer freiheitlichen Gesellschaft mit der historischen Erkenntnis der Geltungskräfte und der Überwindung ihres diktatorischen Gegenentwurfs verbindet“. Das klingt nach einer DDR als schönstem deutschen Müsli-Land, in dem die Insassen in anhaltend „mißmutiger Loyalität“, einer der Neologismen der Kommission, schwer rumkauzten und sich vierzig Jahre lang herzig auf die Schenkel klopfen. Und das klingt nach einer alten Bundesrepublik,

die wenigstens genauso lang unendlich blöde in den Osten schielte, um sich an die wahren „Geltungskräfte und Gegenentwürfe“ des östlichen Systems anzukoppeln. Das dürfte da wie dort sogar alles ansatzweise so stattgefunden haben – die Frage ist, ob diese „plurale und multiperspektivische Sicht“ zukünftig das bestimmende Kriterium für die Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur sein kann. Oder anders herum gefragt: Ist eine derart aufdringliche Homöopathisierung der ostdeutschen Diktaturgeschichte das geeignete Modell, um heranwachsenden Generationen Maßstab, Aufmerksamkeit und Haltung gegenüber aktuellen gesellschaftlichen Deformationen mitzugeben?

Denn was ist Sache, wenn wir heute von der DDR reden? Wie ist die öffentliche Wahrnehmung ihrer Geschichte? Und wie die Situation etwa in den ostdeutschen Provinzen, wo man, wie die Experten glauben, derart bruchlos zur Historisierung der DDR übergehen kann? Ist geklärt und sondiert, was der Charakter dieses angstbesetzten Unrechtssystems war? Wie groß darf die Diskrepanz zwischen der akademischen Konstruktion einer Expertencrew und eines noch immer ungebrochenen Fortlebens des imaginären Ost-Kollektivs sein? Wo steuert ein solches Aufarbeitungs-Schlachtschiff eigentlich hin, wenn es sich leistet, die historische Hypothek der zweiten deutschen Diktatur in der Gegenwart vollkommen unbetrachtet zu lassen? Wie gehen wir um mit der Gesellschaftswüste Ost? Was machen wir mit hartnäckig schweigenden Schülern und deren Orientierungslosigkeit, rapide zunehmender Gewalt und Rechtradikalismus, harschem Politfilz und kategorisch anwachsender Korruption in den ostdeutschen Bundesländern? Sind nicht eben genau diese Phänomene auch Aussagen über die Dimension der Härte, mit der ein Staat meinte, seine Bürger vierzig Jahre lang entmündigen zu können? Schlußendlich: Welchen Wert hat ein sich in schönster Selbstreferentialität gerierendes Wissenschaftskonzept, wenn es in keinster Weise danach fragen muß, für wen diese ganze plurale Welt der Erinnerung zuallererst gedacht sein sollte?

Das zu Befragende des vorgelegten Aufarbeitungs-Modells, liest man im nun ausgebrochenen Streit, sind seine politische Einseitigkeit, sein historisches Nivellierungsprinzip, seine unbändigen monetären Begehrlichkeiten. Mag sein. Dramatischer jedoch ist die offenbare historische Verantwortungslosigkeit, die sich in das Papier hineinformuliert hat. Die Kommission glaubte historisieren zu können, wovon sie selbst zutiefst bestimmt ist.

Expertenkommission III

Stellungnahme der Verbände der Verfolgten in der SBZ und der DDR

1. Die unterzeichnenden Verbände kritisieren in aller Schärfe, daß sie an der Ausarbeitung von Empfehlungen zur Neuordnung der Erinnerungsorte zur kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland nicht beteiligt worden sind. Eine Kommission, die Vorschläge zum Gedenken an die Opfer der SED-Diktatur machen soll, ohne deren gewählte Vertreter an dieser Arbeit zu beteiligen, disqualifiziert sich selbst.
2. Die unterzeichnenden Verbände kritisieren in aller Schärfe, daß mit den Empfehlungen „der deutlich übergewichtigen Konzentration auf Orte der Repression und der Teilung entgegengewirkt werden“ soll. Sie fordern im Gegenteil, die Orte tausendfacher

Verfolgung und unermeßlichen Leids durch die Schaffung und Förderung funktionierender Gedenkstätten nicht nur in Berlin, sondern endlich auch in ganz Ostdeutschland für die Nachwelt zu erhalten und der Opfer dort öffentlich und sichtbar zu gedenken. Darüber hinaus halten sie es für erforderlich, auch im Westen Deutschlands entsprechende Informationsorte zu schaffen.

3. Die unterzeichnenden Verbände lehnen es ab, daß – wie von der Expertenkommission vorgeschlagen – dem „Alltag“ und den „Bindungskräften“ in der kommunistischen Diktatur durch staatlich finanzierte Einrichtungen verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Im Gegensatz zum Votum der Expertenkommission ist jedem unbefangenen Beobachter klar, daß die DDR ohne Mauer und Unterdrückungsapparat nicht lebensfähig war und deshalb im Herbst 1989 entsprechend sang- und klanglos zusammenbrach. Die unterzeichnenden Verbände lehnen deshalb das vorgeschlagene „Forum Aufarbeitung“ ebenso ab wie eine Bundesförderung des Alltagsmuseums in Eisenhüttenstadt oder den Ausbau einer Brauerei in der Berliner Rheinsberger Strasse zu einem Dokumentationszentrum. Statt dessen fordern sie die bauliche Sanierung der ehemaligen Stasi-Zentrale, die bessere Ausstattung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie die öffentlichkeitswirksame Würdigung der Opfer und des Widerstands an den authentischen Orten (z.B. an den Standorten der früheren Speziallager, an den Schauplätzen der friedlichen Revolution, im ehemaligen Haus der Ministerien und im Berliner Tränenpalast etc.).

4. Die unterzeichnenden Verbände lehnen den Vorschlag der Expertenkommission ab, bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen eine „Abteilung Gedenkstätten“ zu schaffen und die Gedenkstätten Berlin-Hohenschönhausen und Normannenstrasse der Behörde anzuschließen. Die dringend erforderliche Verbesserung der Aufklärung über die kommunistische Diktatur in Ostdeutschland kann nicht durch die Schaffung einer zentralen Aufarbeitungsbehörde erreicht werden, sondern nur durch eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der vielfältigen, von bürgerschaftlichem Engagement getragenen Gedenkorte vor Ort.

5. Die unterzeichnenden Verbände lehnen die von der Expertenkommission vorgeschlagene „Perspektivenerweiterung“ beim Blick auf die SED-Diktatur ab, da damit nur eine subtile Verharmlosung gemeint sein kann. Bei der Beurteilung von Diktaturen kann es nur eine moralische Perspektive geben – nämlich die der Opfer. Aus diesem Grunde lehnen die unterzeichnenden Verbände auch die von der Expertenkommission indirekt zum Ausdruck gebrachte Forderung ab, daß bei der Vermittlung historischer Kenntnisse die „Erfahrungsgenerationen“ allmählich zurücktreten sollten. Die nationalsozialistische Diktatur liegt mehr als 61 Jahre zurück, und immer noch spielen die Zeitzeugen in der öffentlichen Erinnerung eine zentrale Rolle. Die SED-Diktatur wurde dagegen bekanntlich erst vor 16 Jahren gestürzt. Die unterzeichnenden Verbände fordern deshalb nicht die Schwächung, sondern die Stärkung der „Erfahrungsgenerationen“ bei der Vermittlung historischer Kenntnisse. Die Opfer dieser Diktatur sind das wichtigste Element bei der Weitergabe der Diktaturerfahrung – nicht nur in den nächsten Jahren, sondern in den kommenden Jahrzehnten.

6. Die unterzeichnenden Verbände lehnen die künstliche Trennung in die drei von der Expertenkommission benannten Themenbereiche ab. Statt das Gedenken von oben wie am Reißbrett zu entwerfen, fordern sie, daß die Erinnerung an die SED-Diktatur auf die authentischen Orte und das bürgerschaftliche Engagement vor Ort aufbaut. Dabei sind jeweils *alle* Aspekte der drei von der Expertenkommission benannten Themen-

gruppen abzuhandeln – also Diktatur, Geheimpolizei, Teilung, Grenze, Herrschaft, Gesellschaft und Widerstand.

7. Die unterzeichnenden Verfolgtenverbände lehnen die Vorschläge der Kommission zum Gedenken an Teilung und Grenze ab. Die verunglückte Gedenkstätte in der Bernauer Straße kann nur einen Teilaspekt bei einer vertieften Auseinandersetzung mit den Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem Grenzregime der DDR darstellen. Für ein sichtbares Gedenken an die Opfer des DDR-Grenzregimes bedarf es weitergehender Schritte – zum Beispiel das vom Bundestag beschlossene zentrale Mahnmahl am Brandenburger Tor und eine möglichst originalgetreue Rekonstruktion eines Abschnitts der tödlichen Grenzanlagen in Berlin.

8. Die unterzeichnenden Verbände kritisieren die vagen Ausführungen des Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Akten-Behörde. Sie fordern, daß der Zugang zu den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes deutlich verbessert wird. Neben einer Verlängerung der Überprüfungsmöglichkeiten über das Jahr 2006 hinaus müssen die Stasi-Unterlagen endlich vollständig erschlossen sowie schneller und leichter zugänglich gemacht werden. Die Verbände begrüßen die von der Bundesregierung in die Wege geleitete Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen.

Berlin, den 29. Mai 2006

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), Forum zur Aufklärung und Erneuerung, Opfer-, Förder- und Dokumentationsverein Bautzen II (OFB), Help e.V.

Expertenkommission IV

„Als Arbeitsgrundlage ungeeignet“. Stellungnahme des Bürgerkomitees Leipzig

Konzept setzt auf Zentralisierung statt Pluralität und verschweigt Finanzierungsproblem

Die heute veröffentlichten Empfehlungen der Expertenkommission zur SED-Aufarbeitung sind als Grundlage für die Entwicklung der bundesdeutschen Gedenk- und Erinnerungslandschaft ungeeignet. Sie berücksichtigen nur einen Teil der seit Jahren gewachsenen Strukturen, setzen auf Zentralisierung statt Pluralität und sind nicht einmal ansatzweise auf ihre Finanzierbarkeit geprüft.

Voraussetzung für ein handhabbares Konzept wäre eine offene, pluralistische und transparente Debatte gewesen. Statt dessen tagte die Kommission ein Jahre lang hinter verschlossenen Türen – eine Zeit, in der Experten und Beteiligte intensiver in die Diskussion hätten einbezogen werden können. Die Evaluation von Gedenk- und Erinnerungsorten per Fragebogen sowie Kurzbesuche in einzelnen Einrichtungen waren sicher Schritte in diese Richtung, allerdings bei weitem nicht ausreichend und berücksichtigten auch nur einen Teil der im Bereich DDR-Aufarbeitung aktiven Einrichtungen. Allein schon die Zusammensetzung der Kommission ist fragwürdig, gehört ihr doch kein einziger Gedenkstättenfachmann an, obwohl eine zentrale Frage eben gerade die Zukunft von Gedenkstätten an authentischen Orten ist.

Vorhandene Konzepte bleiben außen vor – Kommission beginnt wieder bei Null

Lange bevor die Expertenkommission ihre Arbeit aufnahm, existierten bereits Konzepte und Überlegungen für die Struktur der Gedenk- und Erinnerungslandschaft in Deutschland. Diese werden in den nun veröffentlichten Empfehlungen vollkommen ignoriert, was allein im Fall der Gedenkstättenkonzeption des Bundes (Bundestags-Drucksache 14/1569), 1999 im Ergebnis der Arbeit zweier Enquete-Kommissionen entstanden, fatal ist. Denn auf Basis dieses ausgewogenen Papiers wird seither Gedenk- und Erinnerungsarbeit geleistet und auch gefördert, so daß es unsinnig ist, aktuelle konzeptionelle Überlegungen wieder bei Null zu beginnen. Ebenfalls unerwähnt bleibt in den Empfehlungen ein Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion aus dem Jahr 2004 (Bundestags-Drucksache 15/3048), der seinerzeit äußerst kontrovers diskutiert wurde, aber wesentlich weit-reichender als das jetzt vorgelegte Dokument die Struktur der Gedenk- und Erinnerungslandschaft erfaßt.

„Aufarbeitungskombinat“ droht – Millionenausgaben für unnötige Neugründungen absehbar

Obwohl die Kommission ausdrücklich versichert, keine Zentralisierung anzustreben, fokussiert sie diese mit ihren praktischen Vorschlägen explizit: So bedeutet die Schaffung von drei neuen „Leiteinrichtungen“ nichts anderes als staatliche Zentralisierung, die den Prinzipien der Heterogenität und Pluralität entgegenläuft. Die Übernahme von bisher frei getragenen Einrichtungen in öffentliche Trägerschaft wird als eine Art Patentlösung gehandelt, die aber auf deren Kosten der gewachsenen Struktur der Gedenkstättenlandschaft gehen würde. Konzeptionell und finanziell vollkommen unsinnig ist etwa der Vorschlag, ein Dokumentationszentrum Alltagskultur in Berlin einzurichten, obwohl ein solches bereits seit Jahren in Eisenhüttenstadt existiert und qualitativ arbeitet. Wenn der Bund sich an dieser Stelle in der Verantwortung sieht, dann sollte er – allein im Sinne der Subsidiarität – vorhandene Einrichtungen konsequenter fördern, statt neue aus dem Boden zu stampfen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Kritik der Kommission, es gebe „eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die in den alten Bundesländern nur sehr bedingt als Teil der gesamtdeutschen Geschichte verstanden wird“, in völlig neuem Licht. Es ist geradezu absurd, diesen Zustand zu beklagen und gleichzeitig die zumindest in den neuen Bundesländern breit verteilten Aufarbeitungseinrichtungen zugunsten einer immer stärkeren Berlin-Zentralisierung zu vernachlässigen.

Auch die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ ist von dieser Tendenz betroffen: Die Expertenkommission spricht ihr eine überregionale Bedeutung ab, wenngleich die Einrichtung nun bereits seit vier Jahren von der Bundesrepublik Deutschland gefördert und bundesweit wie international als wichtiger und viel-frequenter Gedenkort wahrgenommen wird. Nationale Bedeutung hat sie schon allein deshalb, weil es sich um die einzige noch original erhaltene Bezirksverwaltung des MfS handelt, an deren Beispiel die flächendeckende Überwachung des Ministeriums für Staatssicherheit in der gesamten DDR dargestellt werden kann.

Vernetzung vorhandener Einrichtungen statt zentralistischer Vorgaben

Die sinnvolle Alternative zu „Leiteinrichtungen“ und anderen Neugründungen wäre es, die Zusammenarbeit und Vernetzung der bestehenden Einrichtungen auf Arbeitsebene zu fördern. Um Doppelarbeiten zu vermeiden, müssen diese künftig ihre Profile schärfen – allerdings auf der Grundlage von Kooperationen und nicht durch zentralistische Vorgaben.

Die mangelnde Professionalität der Arbeit mancher bestehender Aufarbeitungseinrichtungen, die im Empfehlungspapier zu Recht kritisiert wird, ist in den meisten Fällen auf die äußerst dürftige finanzielle Ausstattung zurückzuführen. Diese Defizite könnten durch gezielte Förderung abgestellt werden, ohne daß es Änderungen in der Trägerschaft oder gar Neugründungen bedürfte. Ohnehin ist es ein zentrales Manko des Experten-Papiers, daß es keine Angaben zur Finanzierung der enorm kostenintensiven Vorschläge enthält. Die zweifellos nötigen Millionen könnten wesentlich sinnvoller in den Ausbau und die Vernetzung vorhandener Strukturen investiert werden. Zusätzlich sind mehr Gelder für die Förderung von Projekten nötig, weshalb der Etat der zuständigen Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur aufgestockt werden muß.

BStU hat Nachholbedarf bei Kernaufgaben – Abwicklung kann noch nicht zur Debatte stehen

Die vorgeschlagene Umwandlung der BStU in ein Forschungs- und Dokumentationszentrum ist angesichts der schon vorhandenen Pluralität in diesem Bereich überflüssig. Ohnehin kann an eine Abwicklung der Behörde erst dann gedacht werden, wenn sie ihre wesentlichen Aufgaben erledigt hat. Gegründet wurde sie 1992 mit dem Auftrag, die Aktenhinterlassenschaft des MfS zu erschließen und sowohl Betroffenen als auch Forschern Einsicht in diese Unterlagen zu gewähren. Hier gibt es großen Nachholbedarf – verwiesen sei allein auf die oft jahrelangen Wartezeiten bei der Beantragung persönlicher Akteneinsicht. Die BStU braucht also keine neuen Aufgaben, sondern muß zunächst einmal ihren eigentlichen Auftrag erfüllen. Vorhandene Mittel sollten nicht in neue Strukturen, sondern in längst fällige Projekte, wie etwa die computergestützte Rekonstruktion zerrissener Akten, investiert werden.

Erst wenn diese Aufgaben erfüllt sind, kann die Verantwortung für die Akten an eine andere Stelle, etwa das Bundesarchiv, übergehen. Wichtig dabei ist nicht, welche Einrichtung den Bestand übernimmt, sondern allein, daß dieser zugänglich bleibt. Denn das schätzenswerte Erbe der Friedlichen Revolution sind die offenen Akten, nicht die damit befaßtesten Einrichtungen.